Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 34. Abendblatt. Dienstag den 21. Januar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 20. Januar. In einigen Zeitungen findet sich das Gerücht, die Königin Augusta habe den Ober-Ceremonienmeister angewiesen, das Hofceremoniell derartig zu gestalten, daß es auch einem kaiserlichen Hofe angemessen sei. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß das Gerücht unbegründet ist. — Bei Gelegenheit des gestrigen Krönungs- und Ordensfestes sind von Sr. Majestät dem Könige auch mehrere Charaktererhöhungen verliehen, u. A. ist dem Oberpräsidenten der Provinz Posen v. Horn der Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Titel „Excellenz" ertheilt worden. — Die Nachricht, daß die Staatsregierung bereits beschlossen habe, in Schleswig-Holstein nur eine Regierung einzuführen, ist nicht begründet. Ein Beschluß der Regierung in dieser Angelegenheit ist überhaupt noch nicht erfolgt. — In der „Hamburger Börsen-Halle" befindet sich eine Mittheilung über die Angelegenheit der Stellvertretungskosten. Es wird darin als etwas Besonderes hingestellt, daß von den Juristen aus den neuen Provinzen nur der Abg. v. Struckmann Stellvertretungskosten bezahle, während sie den Abg. Gleim, Plenk, Roscher und Kugler erlassen seien. Die Nachricht ist richtig, erklärt sich indessen daher, daß das Bedürfniß zur Stellvertretung dieser 4 Abgeordneten nicht vorhanden, und daß daher eine Vertretung derselben überhaupt nicht eingetreten ist. Sie können daher auch nicht zu den Stellvertretungskosten herangezogen werden. — Der Kapitain zur See Henck ist dem Marine-Ministerium überwiesen und wird in demselben den bisherigen Decernenten für Ausrüstungs-Angelegenheiten, den Kapitain Köhler, vertreten, welcher das Kommando der Panzerfregatte „Friedrich Karl" erhält. — Die Nachricht, daß die Yacht „Grille" kassirt werden soll, bestätigt sich nicht, es ist vielmehr die Wiederherstellung derselben vom Marine-Ministerium angeordnet. — Die offiziöse „Patrie" enthält einen Artikel über die „Presse", dem sie die Bemerkung vorausschickt, sie glaube nicht mehr an einen Krieg, da die öffentliche Menung jetzt zu ruhigern und vernünftigern Ansichten über die politische Lage gekommen sei, nachdem sie sich eine Zeit lang durch falsche Darstellungen habe irre leiten lassen. Das „Journal des Debats" wundert sich, die Bemerkung über die Irreleitung der öffentlichen Meinung in dem offiziösen Blatt zu finden, da noch vor Kurzem ein Artikel „to be or not to be" den Weg durch die ganze französische Provinzial-Presse genommen, der auf einen nahe bevorstehenden Krieg hingewiesen habe und dessen Ursprung man ganz genau kenne. Das „Journal des Debats" findet die Erklärung zu diesem Verfahren darin, daß das neue Militairgesetz den Beifall der französischen Bevölkerung nicht habe und daß man daher, um dasselbe zur Annahme zu bringen, die Situation als gefährlich habe darstellen müssen, während man jetzt die Gemüther wieder zu beruhigen suche, nachdem das Militairgesetz angenommen worden ist. — Daß der Nothstand in Ostpreußen der Demokratie nur als Anknüpfungspunkt für ihre Opposition gegen die Regierung dient, beweisen auch die jetzt hier stattfindenden Bezirksversammlungen. Man hat in denselben nicht den Nothstand und die Mittel, demselben abzuhelfen, vor Augen, sondern man verfolgt dort nur die Tendenz, die Regierung anzuklagen, den Staatsschatz zu leeren und gegen den Militair-Etat zu Felde zu ziehen, überhaupt die Tendenz aufzuregen. — In den Zeitungen heißt es, auch die Offiziösen müßten jetzt zugeben, daß der Typhus in Ostpreußen herrsche. Die Offiziösen haben nie geleugnet, daß in Ostpreußen häufiger Fälle des Typhus vorkommen, sie haben nur in Abrede gestellt, daß dies der Hungertyphus ist. Und dabei bleiben sie heute noch stehen, Wenn von einem Arzte in Ostpreußen die dort vorkommenden exanthematischen Erscheinungen als Symptome des Hungertyphus aufgefaßt werden, so ist derselbe dahin zu unterrichten, daß diese exanthematischen Formen sich nach dem Ausspruche hiesiger ärztlicher Autoritäten regelmäßig beim Typhus in Oberschlesien und Ostpreußen zeigen. — Da die Eröffnung der Sitzungen des Landes-Oekonomie-Kollegiums in naher Aussicht steht, so werden nun auch Berathungen über die Vorlagen gehalten, die denselben gemacht werden sollen. Es ist jetzt noch wenig darüber zu sagen, indessen wird jedenfalls die Frage wegen allgemein giltiger Maßregeln in Bezug auf die Bewältigung der Rinderpest auf die Tagesordnung kommen. Auch wird wahrscheinlich die in voriger Session besprochene Angelegenheit, den in Oesterreich geltenden Modus bei der Branntweinsteuer auch in Preußen einzuführen, wieder zur Diskussion gestellt werden. Die Minister der Finanzen und landwirthschaftlichen Angelegenheiten haben sich nämlich geeinigt, der Sache näher zu treten, und zwei Sachverständige, einen Steuerrath und ein Mitglied des Landes-Oekonomie-Kollegiums (v. Sänger) nach Oesterreich gesandt, um an Ort und Stelle die Art und Weise näher kennen zu lernen, wie dort die Besteuerung des Branntweins und auch des Rübenzuckers erfolgt.

Berlin, 21. Januar. Se. Majestät der König empfing gestern Morgens mehrere Militärs, unter ihnen den neuernannten Stadtkommandanten Grafen v. Bismarck-Bohlen und den General v. Etzel, welcher seither mit der Leitung der Kommandantur-Geschäfte beauftragt war, und ließ sich alsdann von den Hofmarschällen Grafen Pückler und Perponcher, dem Geheimen Kabinetsrath v. Mühler, dem Oberst-Kämmerer Grafen v. Redern, dem Geheimen Hofrath Borck Vorträge halten. Nachmittags machte der König eine Spazierfahrt, arbeitete dann vor dem Diner mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und wohnte Abends der Vorstellung im Königlichen Opernhause bei.

— Die Zeitungen melden von Excessen, welche zu Berlad in der Moldau gegen die dortigen jüdischen Bewohner in den ersten Tagen dieses Monats verübt worden, weil der plötzliche Tod des zum Deputirten gewählten Priesters Barnow, eines Mitgliedes der Linken, ihnen aufgebürdet wurde. Nach den Nachrichten der Kreuzzeitung" aus den Fürstenthümern sind diese Judenverfolgungen nur ein Theil der gegen die dortigen Fremden überhaupt gerichteten Agitation, auf deren Verdrängung die Radikalen bedacht sind. Daß die Einheimischen die Konkurrenz mit dem Fremden nicht in allen Fällen auszuhalten vermögen, mag den ersteren unbequem sein; aber das Land bedarf doch so sehr den Beistand ausländischer Intelligenz und fremder Erfahrung auf sämmtlichen Gebieten des Staatslebens, daß diese Unterstützung schwerlich entbehrt werden kann.

— Den aus dem letzten Feldzuge verwundet hervorgegangenen Offizieren und Mannschaften der Armee soll auch im Laufe dieses Frühjahres und Sommers zur Stärkung ihres Gesundheitszustandes die Vergünstigung eines mehrmonatlichen Urlaubes zur kostenfreien Benutzung von Bädern unter Gewährung entsprechender Geldzuschüsse aus Staatsmitteln zu Theil werden.

Berlin, 20. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 32. Sitzung. Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. — Am Ministertische: Frhr. v. d. Heydt; später Graf zu Eulenburg, v. Selchow und mehrere Regierungs-Kommissare. — Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Erster Gegenstand derselben ist die Fortsetzung der Berathung des Etats des Ministeriums des Innern, und zwar die Fortsetzung der am Sonnabend unterbrochenen Abstimmung. Ueber Positionen für die Landdrosteien in Hannover nach der Forderung wie der Etat sie aufstellt, wird wiederum namentlich abgestimmt. Das Resultat ist die Ablehnung der Positionen mit 201 gegen 154 Stimmen. Es ist damit der Antrag des Abg. Twesten auf Bewilligung des Pauschquantums für die Landdrosteien angenommen. — Demnächst wird auch der Antrag des Abg. Freiherrn von Vincke auf Bewilligung nur eines Pauschquantums für die Aemter in der Provinz Hannover angenommen. Die übrigen Positionen des Etats für die landräthlichen Behörden 2c. werden genehmigt. — Die Resolution des Abg. Solger wird bei der Zählung mit 186 gegen 175 Stimmen angenommen. — Der Antrag des Abg. v. Goßler, betreffend die Erhöhung des Einkommens der Verwaltungsbeamten, der Antrag des Abg. Hoffmann wegen Gleichstellung des Gehalts der Kreissekretäre mit dem der Bureaubeamten der Bezirksregierungen, und endlich der Antrag v. Pommer-Esche wegen Verminderung der Zahl der Staatsbeamten in Hannover werden angenommen. Der Antrag des Dr. Aegidi wird zurückgezogen.

Zu Tit. 13, Polizei-Verwaltung, liegt folgender Antrag des Abg. Bening vor: „Die Staatsregierung aufzufordern, die Kgl. Polizei-Verwaltungen in den Städten der Provinz Hannover: Hildesheim, Osnabrück, Göttingen, Harburg, Stade, Celle und Emden, nach vorgängiger Verhandlung mit den Städten, soweit solche nicht schon erfolgt ist, aufzuheben. — Der Antragsteller vertheidigt diesen Antrag. — Reg.-Komm. Geh. Reg.-Rath v. Kehler: Die Regierung sei mit der Streichung der Position für die Polizeidirektion in Osnabrück einverstanden, weil diese bereits aufgehoben sei. Bezüglich der obigen Städte seien die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. — Abg. Grumbrecht rechtfertigt verschiedene von ihm gestellte Anträge auf Absetzung der Positionen für die Polizeidirektorstellen in Göttingen, Celle und Harburg und Bewilligung von geringeren Summen für die kommissarische Verwaltung der Stellen, sowie auf Streichung der gesammten Ausgaben für Celle, Osnabrück, Emden und Hildesheim mit 18,365 Rt. und Bewilligung eines Pauschquantums von 4000 Rt. für die einstweilige Fortführung der Polizeiverwaltung in Stade. Von den Kosten der Polizei-Verwaltung für die Stadt Hannover beantragt er 7000 Rt. abzusetzen und diese durch Verminderung der Zahl der Beamten zu ersparen. — Reg.-Komm. Geh. Rath v. Kehler: Dem letzten Antrage in Betreff der Stadt Hannover müsse die Regierung sich widersetzen, weil sich gar nicht übersehen lasse, wo eine Ersparniß eintreten könnte. Von den 54 Schutzmännern in Hannover müßten nach dem Antrage 22 abgesetzt werden, während die Zahl von 54 zur Zeit schon nicht mehr ausreiche. In Emden und Hildesheim seien die Polizei-Direktionen auch bereits aufgehoben. — Abg. Ellissen empfiehlt die Aufhebung der Polizei-Direktion in Göttingen.

Abg. Dr. Virchow: Wenn die Regierung Werth darauf lege, daß die politische Sicherheit der Stadt Hannover durch Schutzmänner erhalten werden solle, dann würde nach seiner Ansicht die Sache sehr übel berathen sein. Er stimme deshalb für den Antrag Grumbrecht. Er wolle aber an den Herrn Minister des Innern bei dieser Gelegenheit die Frage richten, welche Absichten er mit den Spielbanken eigentlich habe. Die Regierung werde Spielbank-Pächter doch nicht als auswärtige Pächter betrachten, hinter denen die rothen Hosen ständen; es handelt sich hier lediglich um die Frage, ob auf die Banken das öffentliche Rchet Anwendung finden solle. Wenn die Regierung mit der Zartheit, welche sie den Spielbanken gegenüber dokumentire, andern Verhältnissen gegenüber verführe, so würden die Verhältnisse von ganz Deutschland ganz andere sein. Nachdem der Reichstag und der Landtag in dieser Sache beschlossen, sei es sehr verletzend, wenn die Regierung gegen diese Beschlüsse Arrangements treffe, welche für eine lange Zeit das Fortbestehen eines solchen Uebels sanktionire. Die Regierung hatte vor Allem das Interesse, sich in dieser Beziehung im Einklang mit der Landes- und Bundesvertretung zu halten. — Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die Spielbankenfrage sei eine im Augenblicke noch nicht gelöste; aber sie werde, wie er hoffe, ihrer Lösung in kurzer Frist entgegengehen. Die Beschlüsse des Reichstags und dieses Hauses seien nicht ungehört an den Ohren der Regierung vorübergegangen; sie stimmten nach der Ansicht der Regierung überein, in sofern, als sie es für unmöglich halte, dieselben so lange bestehen zu lassen, als sie noch konzessionirt seien. Die Regierung habe für die Spielbanken kein Herz; aber man könne dieselben nicht ohne Weiteres aufheben, ohne eine große Zahl von Interessen zu verletzen. Er glaube also, daß man dahin kommen müsse, die Sache zu beseitigen; aber er wolle nur darauf hinweisen, wie sich die Verhältnisse in den betr. Städten durch den Zusammenfluß von Fremden gestaltet haben und wie durch Aufhebung der Spielbanken viele kommunale Interessen alterirt würden. Man darf die Regierung nicht dahin drängen, den Spielbanken und damit den Städten mit einem Male den Garaus zu machen; man müsse sich mit den Spielbankgesellschaften dahin einigen, daß das Spiel noch eine Reihe von Jahren geduldet werde unter der Bedingung, daß sie Kapitalien hergeben, welche den Städten die Möglichkeit geben, die getroffenen Einrichtungen zu erhalten.

Es kommt zur Abstimmung; zuerst darüber, ob für die Polizei in der Stadt Hannover 57,000 Rt., wie der Etat verlangt, oder nur 50,000 Rt. bewilli t werden, wie Grumbrecht beantragt. Die Forderung der Regierung wird in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 175 Stimmen abgelehnt, mithin sind nur 50,000 Rt. bewilligt. — Die 8070 Rt. für die Polizei der Stadt Göttingen werden ebenfalls nicht pure bewilligt, indem statt 1400 Rt. für die kommissarische Verwaltung der Polizei-Direktorstelle nach Grumbrecht nur 600 Rt. bewilligt werden (und zwar ergiebt die Zählung 166 gegen 166 Stimmen, ein Resultat, das nach der Geschäftsordnung so viel bedeutet, als die Verwerfung der zur Abstimmung gebrachten Regierungsforderung); ferner werden statt 1400 Rt. für zwei Polizeischreiber in Göttingen nach Grumbrecht nur 975 und zwar als künftig wegfallend bewilligt. — Für die kommissarische Verwaltung der Polizeidirektion in Celle werden nach Grumbrecht 600 Rt. statt 1400 Rt. bewilligt, wie die Zählung ergiebt, mit 178 gegen 166 Stimmen, und nur ein Polizeischreiber mit 550 Rt. statt der geforderten 975 Rt. — Desgleichen werden für Harburg statt 1600 Rt. für den Polizeidirektor nur 600 Rt. für die kommissarische Verwaltung der Polizeidirektorstelle, statt der 975 Rt. nur 550 Rt. für einen Polizeischreiber bewilligt und 275 Rt. für einen Boten abgesetzt. Die gesammten Ausgaben für die Polizeiverwaltungen in Göttingen, Celle und Hamburg werden nach Grumbrecht als künftig wegfallend bezeichnet und für die einstweilige Fortführung der Polizeiverwaltung in Stade 3822 Rt. bewilligt. — Der Antrag Bening wird angenommen.

Dagegen wird das volle Gehalt für den Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. mit 4000 Rt. genehmigt und der Antrag v. Hennig's abgelehnt. — Die Diskussion wendet sich den Ausgaben für die Polizei-Verwaltung in Berlin zu: 604,828 Rt., um 117,688 Rt. mehr als im vorigen Jahre. Dieses Mehr entsteht vornehmlich durch Bildung drei neuer Reviere. Ferner mußte die Zahl der Kriminal-Polizei-Lieutenants von 8 (so viel hatte Berlin schon 1851 mit ca. 431,000 Einwohnern) auf 11 vermehrt werden. Zur Bestreitung gewisser Auslagen der Kriminal-Polizei-Beamten, die sich Civilkleider beschaffen, in Wirthshäusern leben und so zu sagen repräsentiren müssen, und ähnlicher Auslagen der bei der Sittenpolizei kommandirten Wachtmeister und Schutzmänner werden 4680 Rt. verlangt. — Die Exekutiv-Polizei Berlins verfügt gegenwärtig über 10 Hauptleute, 73 Lieutenants (darunter 4 in den Umgebungen Berlins, 12 für den ambulanten Dienst auf Bahnhöfen und Märkten, 1 Leichen-Kommissarius, 11 für die Kriminalpolizei), 112 Wachtmeister, 958 berittene und unberittene Schutzmänner. — Es nimmt hierzu das Wort der Abg. v. Kirchmann: Es ist nicht sowohl meine Absicht, gegen die beantragte Erhöhung des Etats zu sprechen, als bei dieser Gelegenheit diejenigen Mängel in der Organisation der Berliner Polizeiverwaltung hervorzuheben, die einer Verbesserung dringend bedürftig sind und die ich in früherer Zeit, wo ich als Staatsanwalt 2 Jahre lang täglich mit der Kriminalpolizei in Verbindung stand, kennen zu lernen Gelegenheit hatte. Die Sicherheit Berlins hat sich in den letzten 10 Jahren erheblich verschlechtert; nicht nur, daß die Verbrechen gegen das Leben und Eigenthum sich in größerem Maße vermehrt haben, als die Bevölkerung selbst, es geschieht auch viel seltener, den Thäter zu ermitteln, und nur in wenigen Fällen gelingt es, gestohlene Sachen wieder zu erlangen. Es ist kaum noch möglich, den Boden und Keller anders als zur Aufbewahrung von Brennmaterial zu benutzen, denn ebenso wie von dem ersteren die Wäsche, pflegt aus dem Letzteren der Wein bald spurlos zu verschwinden (Heiterkeit). Die natürliche Folge dieser Unsicherheit ist ein Mißtrauen, das man in die Erfolge der polizeilichen Recherchen setzt; deshalb wird ein großer Theil der Fälle gar nicht mehr zur Anzeige gebracht, und es ist fast allgemein geworden, daß sich mehrere Haupteigenthümer zusammen ihren eigenen Privatwächter halten. Anständige Frauen können bei einbrechender Dunkelheit ohne männliche Begleitung sich nicht in den Thiergarten oder auf die Straßen wagen, ohne Gefahr zu laufen, sich der insolentesten Behandlung auszusetzen. Der Grund muß in irgend einem Mangel der Polizeibehörden liegen, und hierher rechne ich zunächst die Trennung der Revier- und der Kriminalpolizei. Macht jetzt Jemand eine polizeiliche Anzeige, so geht das darüber aufgenommene Protokoll erst durch die verschiedene Büreaus, ehe es aus der Hand des Polizei-Präsidenten in die des Staats-Anwalts kommt, um dann nach ergangener Verfügung denselben Weg zur Kriminalpolizei zurückzunehmen. Hierüber vergehen 2 bis 3 Tage, und die erste, bei Diebstählen gerade wichtigste Zeit zu Recherchen ist verloren. Ich erinnere Sie nur an die Ermordung Gregy's und Corny's. Im ersten Falle hatte ein Zeuge bei der Revierpolizei eine Anzeige gemacht, die für die Ermittelung der Thäter von höchster Wichtigkeit war; trotzdem blieb man ohne Spur, bis derselbe Zeuge nach einer Reihe von 14 Tagen seine Mittheilung einem Krimnalkommissarius wiederholte, die erst dann durch eine energische Verfolgung ein günstiges Resultat erzielte. Die Ermordung Corny's erfolgte früh gegen 5 Uhr; um 10 Uhr wurde die Leiche unter verdächtigen Umständen bereits aufgefunden, und doch dauerte es in Folge der Schwerfälligkeit des Geschäftsganges bis zum Mittag des nächsten Tages, bevor die ersten Lokalrecherchen angestellt wurden. Ein zweiter großer Uebelstand ist die Trennung der Abtheilung für Sitten- und Kriminalpolizei. Es ist dringend geboten, daß die Ueberwachung der Diebe und öffentlichen Dirnen eine möglichst einheitliche sei, und Jeder, der in dieser Branche gearbeitet hat, wird mir Recht geben. (Heiterkeit.) Ich will Sie nur an eine ganz besondere Gattung von Gaunern erinnern, die sich hier ausgebildet hat, ich meine die sogenannten „Louis," verkommene Subjekte, die von den öffentlichen Dirnen durch Wohnung und Nahrung unterhalten werden und denselben dafür allerlei Dienste leisten, namentlich übertriebene Forderungen, die an Mannspersonen gestellt werden (Ruf: zur Sache und Heiterkeit), durch Drohungen und Mißhandlungen zu erpressen suchen. (Wiederholter Ruf: zur Sache.) Meine Herren. Ich bin bei der Sache und halte dieselbe für eine sehr ernste. Der größte Theil dieser Erpressungen kommt überhaupt nicht zur Anzeige, weil der Geschädigte gewöhnlich froh ist, nur glücklich davon zu kommen (von der rechten Seite der Ruf: Pfui, Pfui). Eine möglichste Vereinigung der Kriminal- und Sittenpolizei halte ich deshalb für durchaus geboten. Zudem steht an der Spitze der Sittenpolizei ein Mann, der schon vor mehreren Jahren sein 50jähriges Dienstjubiläum gefeiert; wenn ich auch die Verdienste desselben in keiner Weise schmälern will, so scheint es mir doch geboten, ein solches Amt in einer Stadt von mehr als 700,000 Einwohnern einer jüngeren Kraft anzuvertrauen. Ein weiterer Uebelstand ist die militärische Organisation der Schutzmannschaft, die vielleicht im Interesse der Disziplin nicht zu unterschätzen ist, aber nothwendig einen gewissen Korpsgeist herbeiführt, der zu Rivalitäten mit den bürgerlichen Beamten Veranlassung giebt und eine durchaus nachtheilige strenge, militärische Hierarchie begründet. Ein fernerer Uebelstand ist der Fonds, in den die Strafgelder denuncirter Kutscher und Anderes fließen, und aus welchen den Schutzleuten Remunerationen zufließen. Ich möchte ihnen diese Einnahmequelle nicht verkümmern, sie werden aber dadurch sehr leicht veranlaßt, ihre Hauptaufgabe aus den Augen zu verlieren. Ferner ist eine Reform des Einwohnermelde-Amts, sowie der Baupolizei nothwendig. Was endlich die gesetzliche Qualifikation der Polizeibeamten betrifft (Rechts wiederholter Ruf: Schluß) — ich bin gleich fertig — so rekrutiren sich die Schutzleute meist aus früheren Unteroffizieren. Diese sind größtentheils auf dem Lande oder in kleinen Städten aufgewachsen, haben dann vielleicht 12 bis 15 Jahre in der Kaserne ihren Dienst versehen, und sollen dann im Stande sein, den schlauen Verbrechern mit Erfolg nachzuspüren. Mir scheint, daß sich unter der großen Zahl immer nur einige Wenige finden werden, die dazu wirklich geeignet sind, und ebenso wäre bei den Polizeilieutenants, meist Offiziere, die in der Armee nicht mehr dienen wollen, eine bestimmte Civilbildung, etwa die Ablegung des Abiturienten- oder gar des ersten juristischen Examens wünschenswerth. Die Aufgabe, die dem Herrn Minister entgegentritt, ist keine leichte, aber gerade deshalb sollte man sich nicht damit begnügen, an den alten Instruktionen, die unsern Verhältnissen nicht mehr entsprechen, festzuhalten. Es sind Reformen geboten, und ich hoffe um so mehr, daß man sich denselben nicht entziehen wird, als durch dieselben auf einem anderen Gebiete, dem Feuerlöschwesen, so glänzende Resultate erzielt worden sind. (Beifall.) — Abg. v. Hennig beleuchtet das Verhältniß des Berliner Polizei-Präsidiums zu den Stadtbehörden Berlins. Die Stellung des Berliner Polizeipräsidenten ist eine falsche, da er außer seinem Geschäftskreise noch verschiedene Branchen zu verwalten hat, die den Staat gar nicht angehen, so namentlich das Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen. Die Stadt hat sich mehrmals zur Uebernahme dieser Geschäfte bereit erklärt, doch hat man ihr das Feuerlöschwesen nie übergeben wollen, und das Straßenreinigungswesen von jenem getrennt zu übernehmen weigert sich die Kommune mit Recht.

Der Minister des Innern: (Während seines Vortrages werden die ca. 150 Gaslampen unter ebenso vielen ziemlich kräftigen Detonationen angezündet, wodurch die Rede fast unverständlich wird.) Ich glaube, daß das Resultat jedenfalls die Folge von Weigerungen Seitens der Stadtbehörden gewesen sein wird. Der Vorwurf, den ich in Zeitungen gelesen habe, daß durch diese Resolution das städtische Defizit veranlaßt sei, ist jedenfalls unbegründet. In einer Stadt wie Berlin mit 4–5 Millionen, spielt eine Summe von 130,000 Rt. als Beitrag zu den Kosten der Polizei keine Rolle. Daß das Feuerlöschwesen in einer Stadt, wo der König residirt, wo sich große Schätze von Sammlungen aller Art finden, in der Hand einer Königlichen Behörde sein muß, scheint mir unzweifelhaft; ich glaube auch nicht, daß, wäre das nicht der Fall, dasselbe sich zu einer solchen Höhe erhoben hätte. Auf die Rede des Herrn v. Kirchmann näher einzugehen, wer en Sie mir wohl erlassen. (Bravo! Rechts.) Die Vermehrung von Polizeimannschaften will ich mir wohl gefallen lassen, wenn der Herr Finanzminister keinen Einspruch dagegen erhebt; doch ist es mit dieser Vermehrung allein nicht gethan. Verbrechen werden nach wie vor längere Zeit unentdeckt bleiben, Diebstähle immer vorkommen und die gestohlenen Gegenstände nicht wiedergefunden werden. Das Berliner Publikum muß in dieser Beziehung etwas Selbsthilfe anwenden; in einer großen Stadt muß man etwas vorsichtiger sein, als in einem Dorfe. Auch die erwähnten Ungebührlichkeiten, welche im Thiergarten und auf den Straßen Berlins, die Exzesse, die in jeder Sylvesternacht hier vorkommen, die die Verwunderung aller Fremden erregen und die es bis zu dieser Stunde leider noch nicht gelungen ist auszurotten, können von der Polizei nicht verhindert werden. Da müssen wir Alle, da kann allein die Bevölkerung Berlins helfen und ich will hoffen, daß diese sich die heutigen Verhandlungen zu Herzen nehmen wird. — Die Diskussion wird geschlossen und die Ausgabeposition für die Berliner Polizeiverwaltungen genehmigt.

Um 4 Uhr wird die Sitzung vertagt und die nächste auf morgen 10 Uhr angesetzt. — Präsident v. Forckenbeck erklärt, daß die heutige Tagesordnung, Etat des Ministeriums des Innern und die Gotha-Leinenfeld'sche Eisenbahnvorlage, morgen erledigt werden müsse, widrigenfalls er eine Abendsitzung ansetzen werde.

Kiel, 19. Januar. **Nach den beim Oberkommando der Armee eingegangenen Nachrichten hat die Segelfregatte „Niobe", welche am 13. Dezember auf der Rhede von Bridgetown, Barbadoes, angekommen war, dieselbe am 18. verlassen und ist Tags darauf von St. Pierre Martinique geankert, woselbst das Schiff am 22. Dezember sich noch befand.**

Stuttgart, 20. Januar. (Abgeordnetenkammer.) **Spezial-Debatte über das Gesetz, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste. Die Bestimmung, betreffend die allgemeine Wehrpflicht, von welcher auch die Standesherren nicht ausgeschlossen sein sollen, wird angenommen. Der Antrag Mohl's, die Stellvertretung im Heere beizubehalten, wird mit 55 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Die für den Antrag Stimmenden gehörten der Mehrzahl nach der Linken an.**

Die Mitglieder des ritterschaftlichen Adels, welche bisher 13 Vertreter in der Abgeordnetenkammer hatten, haben in einer zu Eßlingen abgehaltenen Versammlung eine Eingabe an den König beschlossen, in welcher sie um Nichtgenehmigung des revidirten Verfassungsentwurfs bitten, weil in demselben der Ritterschaft ihre Vertretung genommen ist.

München, 20. Januar. **Die Kammer der Reichsräthe wird morgen die Berathung des Wehrgesetzes beginnen.**

Augsburg, 20. Januar. **Eine anscheinend offiziöse Wiener Korrespondenz der „Allgemeinen Zeitung bespricht die Meldung französischer Blätter über den angeblichen Anschluß Preußens an die von den Großmächten bei der serbischen Regierung erhobenen Schritte und sagt: Diese Meldung würde, falls sie sich bestätigte, erst dadurch als vollständig konstatirt erachtet werden können, daß Preußen sich von der Seitens Rußlands im Orient befolgten Politik lossagte. In Wien sei man jedoch vorläufig noch nicht davon unterrichtet, daß Preußen sich den Schritten der drei Großmächte angeschlossen habe.**

Ausland.

Wien, 19. Januar. **Das Opfer der mexikanischen Politik Napoleons III. ruht nun in der Kapuzinergruft. Die Theilnahme der Bevölkerung in den Erbländern, durch welche der Eisenbahnzug mit dem todten Erzherzog eilte, war außerordentlich. Als gestern zur Beisetzung in der Kaiserlichen Familiengruft die Glocken Wiens dem Unglücklichen den letzten Gruß der Heimath darbrachten, war es, als ob damit zugleich der Allianz mit Frankreich der Abschied für immer angekündigt würde. Viele wenigstens wünschten, daß nach diesem endlichen Abschluß des mexikanischen Abenteuers auch der Gedanke an die französische Allianz zur Ruhe gesetzt würde. Schon in der Mitte voriger Woche gaben die diesseitigen Minister der Stimmung der Trauerwoche einen sprechenden Ausdruck, als sie trotz der empfangenen Einladungen in den Salons des französischen Botschafters Herzog von Grammont, bei der Eröffnung derselben nicht erschienen. Die deutschen Minister fürchten von einem Bündniß mit dem Sieger von Mentana für Oesterreich die Erhebung einer Reaktion, welcher die Keime der mit schweren Erfahrungen erkauften Erneuerung zum Opfer fallen müßten.**

Wien, 20. Januar. **Der Kaiser empfing heute die Delegationen. In Erwiderung auf die Ansprache des Präsidenten drückte er seine Zuversicht auf eine rasche, befriedigende Lösung der Aufgabe aus, welche den Delegationen gestellt sei. Ein solches Ergebniß der Delegations-Berathungen werde das Vertrauen der Völker Oesterreichs zu den neuen Institutionen heben und dieselben darin neue Bürgschaften ihrer Freiheiten finden lassen.**

Paris, 20. Januar. **Die „Epoque" berichtet, daß in nächster Zeit ein Manifest des Kaisers Napoleon zu erwarten stehe, welches sich über die politischen Verhältnisse in einem völlig friedlichen Sinne aussprechen werde. — Die Nachricht von der Errichtung eines befestigten Lagers zu Satory unweit Versailles bestätigt sich.**

— Der „Constitutionnel" meldet, daß gleich nach erfolgtem Senats-Votum über das Militärgesetz, welches die Aufhebung der Dotationskasse der Armee zur Folge haben würde, Magne einen Finanzbericht vorlegen werde. Ein Kapital von 350 Millionen Fr. werde durch die vorbezeichnete Maßregel disponibel werden und dem Kriegsbudget davon eine Summe von 15—20 Millionen zu Gute kommen.

— In Entgegnung auf einen Artikel des Brüsseler „Nord", in welchem Preußen die Absicht zugeschrieben wird, es suche ein ausschließliches Uebergewicht in Europa zu gewinnen, macht „Patrie" den russischen Journalen den Vorwurf, daß dieselben die Wiederherstellung des Vertrauens und guten Einvernehmens zwischen Frankreich und Preußen bedauern, wechselseitige Eifersucht zu erwecken trachten und aus der früheren friedfertigen Haltung Angesichts von Umständen und Thatsachen heraustreten, welche geeignet wären, die bedrohlichen Verwicklungen im Orient zu beseitigen.

Florenz, 20. Januar. **Nach der „Italienischen Korrespondenz" ist bezüglich der Ernennung eines neuen italienischen Gesandten am österreichischen Hofe noch nichts entschieden. Dieselbe Korrespondenz dementirt die Nachricht, daß die österreichische Regierung die jetzige Regierung von Mexiko formell anerkannt habe. Die Korrespondenz erfährt ferner, daß der Kaiser von Oesterreich dem Könige von Italien seinen Dank für den Beweis der Freundschaft und Sympathie habe ausdrücken lassen, welchen der König dadurch gegeben, daß er sich bei den Trauerfeierlichkeiten für den Kaiser Maximilian in Triest und Wien habe vertreten lassen.**

Florenz, 20. Januar. Deputirtenkammer. **Der Finanzminister legte das Finanzexposé vor. Das Defizit für 1866 betrug, demselben zufolge, 168, für 1867, nach Abzug der aus dem Verkaufe der geistlichen Güter erzielten 30 Millionen, 223 Mill. Lire. Das Totaldefizit am Schlusse des Jahres 1867 beläuft sich auf 391 Millionen. Das Defizit für 1868 wird, abzüglich der für die verkauften Kirchengüter vorhergesehenen Einzahlungen, 183 Millionen betragen. Hierzu treten 15 pCt. Agio auf im Auslande zahlbare 239 Millionen und vom vorigen Jahre her uneinbringliche Zahlungen, welche das effektive Totaldefizit am Schlusse des Jahres 1868 auf 630 Millionen heben werden. Stellt man diesem Defizit die schwebende Schuld, die Bankschuld, die Schatzbons und die Summen gegenüber, welche der Staatsschatz aus der Bank zurückziehen kann, so ergeben sich 657 Millionen; abzüglich der 630 verbleiben mithin 27 Millionen Aktivrest. Die uneinbringlichen Schuldforderungen des laufenden Jahres, die bewegliche Steuer 1868, welche wahrscheinlich erst 1869 eingebracht wird, und endlich die dem Staatsschatze nöthigen Fonds betragen 190 Millionen. Abzüglich der 27 Millionen verbleibt für 1868 mithin ein Defizit von 163 Millionen, welches sich durch die Zinsen auf 236 Millionen erhöht.**

— Garibaldi hat wieder einige Lebenszeichen gegeben. In einem Briefe an Edgar Quinet ermahnt er seine französischen Freunde zur Geduld; wenn die rechte Zeit gekommen, würde die Befreiung Roms nicht unterbleiben. In einem anderen Briefe an die Gattin seines englischen Freundes Mr. Chambers zieht er eine Parallele zwischen der Regierung des Papstes und des Sultans, die natürlich durchaus zu Gunsten des Letzteren ausfällt. Für die nächste Zeit ist übrigens schwerlich an eine neue Auflage der Rom-Expedition zu denken. Sie würde, so lange die allgemeine europäische Situation sich nicht ändert, auch wieder fehlschlagen und nur noch mehr Unheil schaffen; General Menabrea ist denn auch entschlossen, sie mit den äußersten Mitteln schon im Keime zu erdrücken.

London, 20. Januar. **Heute wurden zu Deptford drei Männer verhaftet, welche verschiedene Personen zum Fenianismus verleiteten und zu diesem Zwecke vereidigten.**

Kopenhagen, 20. Januar. **An maßgebender Stelle weiß man Nichts über angeblich von Amerika erhobene Schwierigkeiten anläßlich des Verkaufes der dänisch-westindischen Inseln.**

— In der heutigen Sitzung des Folkethings legte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Vertrag betreffend die Abtretung von St. Thomas an die Vereinigten Staaten vor. Das Folkething konstituirte sich als geheimes Comité, um Mittheilung von den dem Vertragsschlusse vorausgegangenen vertrauten, mündlichen Verhandlungen entgegenzunehmen. Die Angelegenheit wird außerordentlich beschleunigt.

— Die zur Anlage des dänisch-norwegischen englischen Telegraphen erforderliche Summe ist jetzt hier gezeichnet worden, mithin ist das Unternehmen gesichert.

Pommern.

Stettin, 21. Januar. In der gestrigen General-Versammlung des Stettiner „Gartenbau-Vereins" sprach zunächst der Vorsitzende seine Freude darüber aus, daß der Verein besonders im vorigen Jahre ein sichtliches Gedeihen gehabt habe. Aus einem vom Sekretär Herrn Kurtz vorgelesenen Rückblick auf die Thätigkeit des Vereins ergiebt sich, daß im verflossenen Jahre 13 Geldprämien im Betrage von 31 Thlrn., 4 silberne Vereins-Medaillen und 2 bronzene zur Vertheilung gekommen, letztere vom landwirthschaftlichen Ministerium herrührend. Der Saldo pro 1. Januar 1867 betrug 324 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf., die Einnahme pro 1867 282 Thlr. 5 Sgr., die Ausgabe 259 Thlr. Demnach verbleibt pro 1. Januar 1868 ein Saldo von 347 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf. Zur Revision der Rechnungen werden die Herren Ferd. Müller und Nischelsky wiedergewählt. Der Etat pro 1868 wurde balancirend in Einahme und Ausgabe auf 225 Thlr. festgesetzt, worunter 50 Thlr. für Prämiirungen. Hierauf wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, nämlich als Vorsitzender Herr Prof. Hering, Kassenführer Herr de la Fremoire, Schriftführer Herr Kurtz, Beisitzer die Herren Haffner, Koch sen., Dr. Jütte und Stertzing. — Ein Antrag des Herrn Haffner, künftig in jeder Monatsversammlung event. nur eine Prämie zu ertheilen, wurde abgelehnt, um nicht die kleineren Gärten von Einsendungen, die stets mit Kosten verknüpft sind, zurückzuschrecken. — In Folge eines Anschreibens des Hülfs-Comité's für Ostpreußen in Berlin wurde beantragt, einen Beitrag zu dessen Zwecken aus der Vereinskasse zu bewilligen. Die Versammlung hielt sich dazu nach den Statuten nicht kompetent, und soll diese Frage deshalb in nächster Monatsversammlung diskutirt werden. Schließlich wurde der Antrag angenommen, daß der Gartenbau-Verein dem pomologischen Verein als Mitglied beitreten soll.

— In der gestrigen Sitzung des hiesigen Hülfs-Comités für Ostpreußen wurde beschlossen, 1500 Thlr. an die verschiedenen dortigen Zweig-Comités abzusenden und zwar: 1) für den Kreis Labiau 300 Thlr., 2) für den Kreis Niederung 300 Thlr., 3) für die Haffgegend des Kreises Heydekrug 200 Thlr., 4) für die Kirchspiele Wischwill und Schmalleningken im Kreise Ragnit 200 Thlr., 5) für den Kreis Ragnit 200 Thlr., 6) für den Kreis Pillkallen weitere 100 Thlr., 7) für die Stadt Heilsberg 100 Thlr., 8) für die Stadt Nicolaiken 100 Thlr. Am Montag den 27. d. M., Abends 7 Uhr, wird eine Sitzung des Gesammt-Comités stattfinden, in welcher Bericht über die bisherige Thätigkeit des Ausschusses erstattet werden soll.

— Die Suppen-Anstalt zu Grabow soll bereits morgen eröffnet werden und ist dieselbe auf Ausgabe von täglich 300 Qrt. berechnet, von denen 100 Quart unentgeltlich und der Rest mit 1 Sgr. für das Quart abgegeben werden soll. Mehrere dem Comité angehörende Damen beschäftigten sich außerdem noch mit Beschaffung von Kleidungsstücken für die Bedürftigen.

— Seitens des Obertribunals sind neuerdings in Handelssachen folgende Rechtsgrundsätze angewendet worden: 1) Der von einem Kaufmanne geschlossene Vertrag ist so lange als zum Betriebe seines Handelsgewerbes gehörig zu betrachten, als nicht der das Gegentheil Behauptende durch die bei dem speziellen Falle vorwaltenden Umstände oder in anderer Weise nachweist, daß der Vertrag zu dem Handelsgewerbe des Kaufmanns in keiner Beziehung gestanden habe. 2) Die von einem Kaufmanne geleistete Bürgschaft ist bis zum Gegenbeweis für ein der Schriftform nicht bedürfendes Handelsgeschäft zu erachten. 3) Die Feststellung der rechtlichen Wirkung eines Stillschweigens nach Maßgabe der Verschiedenheit der obwaltenden Verhältnisse bildet keinen Gegenstand für Handelsgewohnheiten. 4) Der Absender von Gütern, welche einer steuerbeamtlichen Behandlung unterliegen, kann sich von der Verpflichtung, dem Frachtführer für alle Strafen und Schäden zu haften, welche denselben wegen Unrichtigkeit der Begleitpapiere treffen, nicht dadurch befreien, daß ein Gesellschafter oder Gehülfe die Unrichtigkeit des Frachtbriefes verschuldet habe.

— Den Offizieren des Landheeres soll künftig auch Gelegenheit gegeben werden, sich mit dem Marinewesen im Allgemeinen vertraut zu machen, soweit deren Abkömmlichkeit aus ihrer dienstlichen Stellung es zuläßt. Die Betreffenden sollen dem Oberkommando der Marine zur Verfügung gestellt werden, um nach dessen Bestimmung größeren Uebungsfahrten auf in Dienst gestellten Schiffen beizuwohnen.

— Außer den einjährig Freiwilligen, welche nur durch den vorgeschriebenen Bildungsgrad die Vergünstigung des einjährigen Militärdienstes erlangen können, giebt es andere sogenannte Freiwillige, welche unter gewissen Voraussetzungen die Auswahl des Regiments, bei welchem sie ihre Militärdienstzeit absolviren wollen, haben. Husaren- und andere Kavallerie-Regimenter nehmen jetzt nur noch solche letztgedachte Freiwillige an, welche sich zu einer vierjährigen Dienstzeit verpflichten. Diejenigen Dienstpflichtigen, welche die eben erwähnte Verpflichtung eingehen, haben nach den jetzt bestehenden gesetzlichen Vorschriften den Vorzug, daß sie zwei Jahre früher als die übrigen Mannschaften ihrer Dienstalters-Klasse aus der Landwehr ausscheiden. — Andererseits ist Weisung ertheilt worden, auf die gesetzliche Bestimmung verwarnend hinzuweisen, daß die erfolgte Verheirathung eines Militärpflichtigen niemals dessen Befreiung vom Militärdienste begründen kann, ferner, daß ein Rekrut ohne Zustimmung des betreffenden Landwehr-Kommandeurs nicht ehelich verbunden werden darf, und Militärpflichtige, welche sich verheirathen oder ansässig machen wollen, bevor sie ihrer Militärpflicht genügt haben oder wegen körperlicher Mängel befreit worden sind, von den betreffenden Geistlichen, Civilstands-Beamten u. s. w. auf die bestehenden Gesetze zu verweisen sind. Ueber diesen Hinweis muß eine Verhandlung aufgenommen werden, schon damit die Betreffenden den gemachten Vorhalt nicht in Abrede zu stellen vermögen, weil derartige häusliche Verhältnisse durchaus keinen Grund für spätere Nachsuchung einer Vergünstigung darbieten sollen.

— In der Volksküche auf Torney sind gestern 115, Grünhof 267, Bredow 250 und Bredower Antheil 360 Portionen Essen verabreicht.

— Der im gestrigen Abendblatte erwähnte Schuhmacher Ferd. Braun, welcher im Gasthofe zur goldenen Krone dem Fuhrmann Harder einen Rock stahl, hat sich bei jener Gelegenheit auch gleichzeitig einen dem Hausknecht Schumacher gehörigen braunen Ratiné-Ueberzieher zugeeignet. — Aus einer Wohnung Schiffsbaulastadie Nr. 1 ist vor einigen Tagen eine Cylinderuhr, auf deren Rückseite der Name „F. Tester" eingravirt war, gestohlen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. Januar. Witterung: schön, Nachts leichter Frost. Temperatur + 2° R. Wind: NW.

Weizen behauptet, per 2125 Pfd. gelber inländ. 102—105 Rt. bez., feinster 108 Rt. bez., ungarischer 90—98 Rt. bez., bunter poln. 98—104 Rt. bez., weißer do. 102—106 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühj. $99\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Roggen sehr fest und höher bezahlt, schließt ruhiger, loco pr. 2000 Pfd. 76—$77\frac{1}{2}$ Rt. bez., geringer $75\frac{1}{2}$—76 Rt. bez., Januar $76\frac{1}{2}$ Rt. Gd., Frühjahr $77\frac{1}{4}$, 78, $77\frac{3}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $77\frac{1}{2}$, 78 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 77 Rt. bez. u. Br.

Gerste matt, ungarische schwer verkäuflich 51—$51\frac{1}{2}$ Rt., mährische 53—$54\frac{1}{2}$ Rt. bez., 69—70pfd. schles. Frühjahr $54\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Hafer behauptet, per 1300 Pfd. 36—37 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $37\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 66—69 Rt., Saaterbsen 70 Rt. bez., Frühjahr Futter 70 Rt. Br. u. Gd.

Wicken loco 55—57 Rt. bez.

Rüböl fest und höher, loco $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., Januar 10 Rt. Br., April-Mai $10\frac{1}{3}$ Rt. bez. u. Br.

Petroleum loco 7 Rt. bez.

Spiritus höher, loco ohne Faß $20\frac{1}{12}$ Rt. bez., Januar-Februar 20 Rt. Gd., Frühjahr $20\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni $20\frac{3}{4}$, $\frac{5}{6}$ Rt. bez. u. Br.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen $76\frac{1}{2}$, Rüböl 10, Spiritus 20.

Breslau, 20. Januar. Spiritus per 8000 Tralles $19\frac{1}{6}$. Weizen per Januar $94\frac{1}{2}$. Roggen pr. Januar 72, per Frühjahr 73. Rüböl pr. Januar $9\frac{5}{6}$ pr. Frühjahr $9\frac{5}{6}$. Raps pr. Januar 89. Zink fest.

Hamburg, 20. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco recht fest und gefragt. Weizen auf Termine fest. Roggen auf Termine 2 Rt. höher. Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto 176 Bankothaler Br., 175 Gd., Januar-Februar 176 Br., 175 Gd., pr. Frühjahr 175 Br. u. Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto $137\frac{1}{2}$ Br., $136\frac{1}{2}$ Gd., Januar-Februar $136\frac{1}{2}$ Br., $135\frac{1}{2}$ Gd., pr. Frühjahr 135 Br. u. Gd. Hafer mehr beachtet. Rüböl ohne Kauflust, loco $22\frac{1}{8}$, per Mai $22\frac{3}{4}$. Spiritus ohne Kauflust, $28\frac{1}{2}$. Kaffee matt. Zink fest. — Regenwetter.

Amsterdam, 20. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Roggen stille, auf Termine fest. Roggen pr. März $305\frac{1}{2}$, pr. Mai $306\frac{1}{2}$. Rüböl per Mai $35\frac{3}{4}$, pr. November-Dezember 37.

London, 20. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen wirklich guter englischer 1 Sch. höher, meist schlechte Qualität am Markte; fremder zu äußersten Preisen gefragter. Gerste, Bohnen, Erbsen unverändert. Hafer schleppend. Von schottischen Landmärkten war „feste Haltung" gemeldet. — Schönes Wetter.